



Zukunft für Familien —— Familien für die Zukunft

Positionspapier

- ◆ Zukunft für Familien
Familien für die Zukunft:
Ausführliche Darstellung
der Positionen unseres
Verbandes

Aktuelles

- ◆ Kinderlosigkeit
- ◆ Kauf bricht Miete nicht
- ◆ Bericht der Bosch-
Stiftung

Landesverbandstag

- ◆ Podiumsdiskussion in
Stuttgart
- ◆ Delegiertenversammlung

Familienpolitisches
Spitzengespräch in
Stuttgart!

Infos auf Seite 3!





Editorial

*Liebe Leserin, liebe Leser,
liebe Verbandsfamilien,*

die Republik hat nun eine neue Regierung in Berlin etabliert und die ersten Monate zeigen bereits Wirkungen, was auf die Familien direkt zukommen wird.

Wirtschaftliche Einschnitte durch Steuererhöhung, Wegfall der Eigenheimzulage und demnächst Kürzung der Pendlerpauschale – alles war ja zuvor bekannt und soll jetzt vollzogen werden. Die Familien wundern sich jetzt: „wo bleibt der große Wurf der Familienförderung?“ und „wie gleichen wir massive Mehrausgaben für Strom, Gas, Verkehrsmittel und auch höhere Müllgebühren (in manchen Gemeinden bis 120 %) in unserer Haushaltskasse aus?“



Am 26. März stehen auch in Baden- Württemberg entscheidende Landtagswahlen an.

Wahlkämpfer/-innen verkünden plötzlich plakative familienorientierte Ziele. Wir Familien erleben häufig einen anderen Alltag - nicht diese Politikerversion der Wahlkämpfer. Die wirtschaftliche Situation der Familien wird immer rauer.

Der notwendige Schutz vor wirtschaftlicher Überforderung bleibt häufig auf der Strecke und gerechter Ausgleich und Zukunftsperspektiven entschwinden.

Familien aus dem DFV haben ihre Forderungen zusammengetragen und einen Forderungskatalog erstellt – daran werden sich die Parteien aussagen für eine Familienpolitik messen lassen. Anders formuliert: „was brauchen Familien - die vielgerühmte „Keimzelle der Gesellschaft“- um das Leben mit Kindern in dieser Gesellschaft so lebensnotwendig zu gestalten, wie es einer humanen und gerechten Gemeinschaft gebührt.“

Am Samstag, 18. März vormittags können Sie alle darüber mit Spitzenpolitikern beim öffentlichen Familienpolitischen Forum des DFV in Stuttgart diskutieren.

Sie haben die Möglichkeit mit Ihrem persönlichen Besuch direkt den „Müttern und Vätern Volksvertretern“ über unsere politischen Vorstellungen zu diskutieren, bevor Sie am Wahltag ihr Kreuzchen auf dem Wahlschein machen

.. der Familie verpflichtet... DFV.

Uto R. Bonde
Vorstandsvorsitzender Baden- Württemberg



Einladung zum Landesverbandstag in Stuttgart

Wir laden alle Mitglieder, Delegierten, Freunde und Förderer zum öffentlichen Familienpolitischen Spitzengespräch ein:

Zukunft für Familien – Familien für die Zukunft

Es diskutieren auf dem Podium :

Monika STOLZ, Sozialministerin CDU,
Ute VOGT, Spitzenkandidatin SPD
Ullrich GOLL, Spitzenkandidat FDP
Winfried KRETSCHMANN, Bündnis90/ Grüne

und als Familienpolitischer Experte:

Sigfried STRESING, Landesfamilienrat

Moderation: **Bert HAUSER**, DFV

Wann: Samstag, 18. März 2006, 11 Uhr
 Wo: Studiosaal des SWR, Neckarstr. 230.



Delegiertenversammlung des DFV und des FHW

Ab 10.00 Uhr: (Eintreffen der Delegierten + Eintrag in Tagungsliste)

Ab 11.00 Uhr: Podiumsdiskussion

Ab 13.45 Uhr: Delegiertenversammlung mit folgender Tagesordnung:

- ◆ Begrüßung
- ◆ Feststellung der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit, Geschäftsordnung
- ◆ Bericht des Vorstandsvorsitzenden
- ◆ Kassenbericht der Schatzmeisterin
- ◆ Prüfungsbericht der Revision
- ◆ Aussprache und Entlastung
- ◆ Ehrungen
- ◆ Diskussion: Familienpolitik für Baden-Württemberg
- ◆ Anträge (u.a. Ortsvorschlag für den Landesverbandstag 2007)
- ◆ Schlussworte

Für Gäste und Nichtdelegierte wird zeitgleich ein Begleitprogramm in Stuttgart angeboten.

Freiburg, 30. Januar 2006

Der Vorstandsvorsitzende

Kinderbetreuung:

Wer für den Vor- oder Nachmittag Kinderbetreuung benötigt, meldet dies schriftlich bitte bis 10. März (Anzahl, Name und Alter der Kinder) an die Landesgeschäftsstelle.



Personelles

Sponsoring für zukunftsorientierte Familienarbeit

Seit Jahren werden die Konten des Landesverbandes bei der Volksbank Freiburg geführt. Dieses Bankinstitut gründet sich auf dem Solidaritätsgedanken der früheren Raiffeisen-Genossenschaften. Zur Unterstützung der zukunftsorientierten Arbeit für Familien, die der DFV seit über 50 Jahren uneigennützig leistet, erhielt der Landesvorsitzende wenige Tage vor Jahresende eine Spende von Bankdirektor Ulrich Gößling (links im Bild) überreicht.

Foto: Sebastian Bonde



Bei der Scheckübergabe berichtete Uto R. Bonde der Freiburger Volksbank von seinen Bemühungen um die Erweiterung des „Netzwerkes Familie“, bei dem es gilt, Unternehmen dafür zu gewinnen, das Thema Familie innerbetrieblich und auch im Unternehmensziel als Zukunftsthema umzusetzen. Die erste Reaktion der Volksbank dazu machen Hoffnung auf eine zukünftige interessante Zusammenarbeit.

MdB – Verstärkung

Der DFV hat im Bundestag noch eine weitere Unterstützung erhalten:

Als Direktkandidat der CDU im Wahlkreis Nürtingen wurde das DFV-Mitglied **Michael Hennrich** (Jahrgang 1965) im September 2005 zum zweiten Mal wieder gewählt. Der Rechtsanwalt und zweifacher Vater ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Sein Themenschwerpunkt innerhalb dieser beiden Ausschüsse ist Europa.

Kontaktmöglichkeit:

Wahlkreisbüro Michael Hennrich, MdB
Weberstrasse 20
72622 Nürtingen
Tel: 07022 – 34 109, Fax: 07022 – 34 783
email: michael.hennrich@wk.bundestag.de

In weitere Bundestagsausschüsse wurden gewählt:

Kerstin Andreae (Grüne) Finanzausschuss, kommunalpolitische Sprecherin der Grünen.

Email: kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Alexander G. Bonde (Grüne) als Hauptberichterstatte für die deutsche Entwicklungspolitik und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Er vertritt damit alle fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen bei den haushaltswirksamen Vorgängen des BMZ und er bringt diese im Haushaltsausschuss ein.

Email: alexander.bonde@wk.bundestag.de

www.dfv-baden-wuerttemberg.de

Familien werden benachteiligt

Ergebnisse der Bosch-Stiftung

Das derzeitige Steuer- und Sozialsystem diskriminiere Familien in „erheblichem Maße“, daher müsse es in der deutschen Politik einen „Paradigmenwechsel“ zugunsten von Familien geben. Die Politiker nähmen die Warnungen der Wissenschaft vor der demographischen Krise nicht ernst genug. Im Jahr 2050 würden in Deutschland nur noch 70 Millionen Menschen leben – zehn Millionen hiervon wären Einwanderer. Eine Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau und die geringste Zahl von Kindern auf 1.000 Einwohner in Europa seien alarmierend. Die Kosten der Kinder werden weitgehend von den Eltern aufgebracht. Ihr Nutzen kommt weitgehend der Allgemeinheit und damit auch all jenen zugute, die nicht in Kinder investiert haben“, sagte der Vorsitzende der Kommission, der frühere sächsische Ministerpräsident Biedenkopf (CDU).

Das sind die wesentlichen Ergebnisse der von der Robert-Bosch-Stiftung eingesetzten Kommission „Familie und demographischer Wandel“, die ihren Abschlussbericht am 15. Dezember in Berlin vorgestellt hat. „Familien tragen gegenüber Kinderlosen unverhältnismäßige Belastungen.“

Aktuelles zum Thema

Stärkung der Familienkompetenzen – statt „Frühwarnsystem“

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte mit einem „Frühwarnsystem mit Meldepflichten“ gegen die Verwahrlosung und Misshandlung von Kindern vorzugehen. Die schwarz-rote Bundesregierung will damit das Risiko vermindern, dass Kinder verwahrlosen oder misshandelt werden.

Die Tageszeitung „Die Welt“ hatte unter Berufung auf Statistiken des Bundeskriminalamts (BKA) berichtet, dass im vergangenen Jahr 2.916 Fälle von Misshandlungen von Kindern bis 14 Jahre angezeigt wurden (1996 waren es 1.971 Fälle). Die Ministerin sagte, ihre Idee des Frühwarnsystems sei, dass professionelle Familienhelfer die Kinder in Problemfamilien in den ersten Lebensjahren begleiten. „Der Staat muss sich auch besonders um die Kinder kümmern, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden“. In ihrem Etat wolle sie hierfür rund 10 Millionen Euro vorsehen.

UNSER KOMMENTAR

Dieser Vorschlag der Ministerin mag gut klingen; notwendig ist aber eine sinnvolle Mischung aus Förderung und Stärkung der Erziehungskompetenz der Familien. Notwendig sind flächendeckende Kurs- und Weiterbildungsangebote für junge Familien und erziehende Eltern – ohne lange Wartezeiten und Bürokratie und muss für Eltern bezahlbar sein.

Nötig sind mehr beratende Hilfen für die Familien als Zukunftsinvestition- und dies bevor über verstärkte Kontrolle nachgedacht wird.

Seit Jahrzehnten sind in Bund und Land Mittel für Beratung und begleitende Hilfen durch Haushaltsveränderungen zurückgefahren worden.

Wen wundert es, dass sich die Zahl von erziehungsüberforderten Familien steigt und die Nachfrage nach Kursen ebenfalls. So hat der DFV mit Hilfe der Landesstiftung solche Kurse für Familien bereits durchgeführt. Das Echo war groß und die Kosten auch, aber die öffentliche Unterstützung für den DFV eher spärlich. Kommunale Stellen kürzen eher ihre Angebote entgegen aller Bedürfnisse der Familien.

Trotz mancher spektakulärer Mediendarstellung über bedenkliche Erziehungsfehler, sinkt die Gewalt in den Familien in den vergangenen 20 Jahren dank beharrlicher Aufklärungs- und Bildungsarbeit – auch des DFV.

„Gewaltfreie Erziehung“ - europäische Fachtagung am 20./21. Oktober in Berlin

Auf der Fachtagung „Gewaltfreie Erziehung“ in Berlin zog Staatssekretär Peter Ruhenstroth-Bauer, eine positive Bilanz der Förderung zur gewaltfreien Erziehung und forderte, diese als gesellschaftliches Leitbild weiter voranzutreiben.

Seit fünf Jahren hat das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung seinen festen Platz im Bürgerlichen Gesetzbuch. „Die Förderung der Gewaltfreiheit als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Familienpolitik muss konsequent weiterverfolgt werden. Das Ziel ist, Kinder zu selbstbewussten, eigenverantwortlichen und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten zu erziehen“.

Dass gewaltfreie Erziehung essentieller Bestandteil der demokratischen Gesellschaft ist, führte Prof. Gesine Schwan, Präsidentin der Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, aus: „Demokratie setzt den freiheitlich agierenden Bürger voraus. Vertrauen und Selbstvertrauen sind hierfür die wesentlichen Kernkompetenzen. Hierzu muss gewaltfreie Erziehung die Kinder bekräftigen. Denn diese Kompetenzen sind die Voraussetzungen dafür, dass Konflikte und Schwierigkeiten gewaltfrei bewältigt werden können.“

Uri Avnery, Schriftsteller und Träger des alternativen Nobelpreises, verdeutlichte anhand der jüdischen und palästinensischen Geschichte und Gesellschaft, dass gewaltfreie Erziehung den Zirkel, vom Opfer zum Täter und wieder zum Opfer zu werden, aufbrechen muss. „Geschlagene Kinder werden sonst wieder zu schlagenden Eltern“. Denn „Frieden ist eine Geisteshaltung, die Hauptaufgabe ist mental. Damit Frieden möglich wird, muss die gesamte Mentalität verändert werden“, betonte Avnery.

Die Bedeutung des Respekts als Kernkompetenz auch für die Wirtschaft unterstrich Prof. Götz Werner (Karlsruhe), Gründer und Vorsitzender der Geschäftsführung der „dm-drogerie markt“-Kette. Erforderlich sind dabei Maßnahmen, die Persönlichkeiten evozieren. „Volkswirtschaft“ so Werner, „ist ein Füreinander-Leisten und Betriebswirtschaft ein miteinander Füreinander-Leisten“. Gewaltfreie Erziehung ist damit nicht nur ein wichtiger Baustein, die Demokratiefähigkeit der Jugend zu fördern, sondern eine Voraussetzung für ökonomisches und soziales Wachstum.



Positionspapier des Deutschen Familienverbandes

Zukunft für Familien

1. Zukunftsperspektive für Familien durch ein umfassendes Elterngeld

Der Deutsche Familienverband sieht in der Einführung eines angemessenen Elterngeldes einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Wahlfreiheit zwischen beiden Möglichkeiten. Mit dem von der Berliner CDU/SPD-Koalition vorgesehenen kurzzeitigen Elterngeld ist jungen Familien aber nicht gedient. Sie brauchen eine finanzielle Perspektive für mindestens drei Jahre nach der Geburt eines Kindes. Zehn oder zwölf Monate Elterngeld reichen nicht aus, um jungen Menschen wieder mehr Mut zu Kindern zu machen. Kinder aber sind die sicherste Zukunftsinvestition. Die Politik muss die nötigen Mittel bereitstellen, wenn sie der jungen Generation, den Familien mit Kindern und damit unserer ganzen Gesellschaft die Zukunft sichern will.

Das Elterngeld darf nicht dazu führen, dass nicht berufstätige Mütter benachteiligt werden. Das bestehende Bundeserziehungsgeld muss deshalb für alle nicht berufstätigen Frauen erhalten bleiben. Über ihren Einfluss im Bundesrat muss die Landesregierung alles unternehmen, um ein gerechtes und wirksames Elterngeld in Berlin durchzusetzen. Nur so kann die Politik auch die vom Bundesverfassungsgericht wiederholt auferlegte Pflicht erfüllen, den Eltern Wahlfreiheit zwischen Beruf und Kinderbetreuung zu sichern.

2. Landeserziehungsgeld für Familien erhalten

Es gab schon wiederholt Vorstöße in der Landespolitik, das Landeserziehungsgeld in Baden-Württemberg abzuschaffen. Spätestens dann, wenn das in Berlin geplante Elterngeld beschlossen sein sollte, ist damit zu rechnen, dass diese Forderung wieder auf den Tisch kommt. Das Landeserziehungsgeld darf aber auf keinen Fall gerade denen entzogen werden, die es am nötigsten brauchen. Sollten durch das Elterngeld des Bundes Mittel aus dem Landeserziehungsgeld frei werden, dann muss dieses Geld in vollem Umfang zur Beratung junger Familien eingesetzt werden. Finnland könnte mit seinem flächendeckenden Familienbetreuungskonzept zur Begleitung und Beratung junger Familien Vorbild sein.

3. Für eine Förderung der Familienkompetenz

Mehr fachliche Hilfe in Krisensituationen mit Kindern ist unumgänglich, wie der Fall Jessica und andere traurige Kinderschicksale immer wieder belegen. Dazu können die Freien Träger im Land und Firmen im Interesse ihrer Mitarbeiter einen Beitrag leisten. Auch der Deutsche Familienverband bietet schon heute ein wissenschaftlich abgesichertes Familien-Bildungsprogramm zur Förderung der Elternkompetenz an. Es besteht ein hoher Nachholbedarf, der aber nur über kostengünstige Kurse gedeckt werden kann. Hierfür sind mehr Mittel von Seiten des Staates, der Kommunen und der Wirtschaft unerlässlich.

4. Für die Verzahnung von Kindergarten und Schule

Der Ausbau der „Vorschule“ scheint im Hinblick auf die Defizite bei Kindern aus sozial schwachen Familien und aus Migrantenfamilien unstrittig zu sein. Dabei fehlt es aber an einer engeren Verzahnung von Kindergarten und Schule. Ein besserer Übergang könnte auch Geld und Energie sparen. Um die Frühförderung sicher zu stellen und die Integration zu verbessern, sollte nach Auffassung des Deutschen Familienverbandes ein mit den Grundschulen abgestimmtes und verpflichtendes Vorbereitungsjahr vor Schulbeginn eingeführt werden.

5. Für Beitrags- und Gebührenfreiheit bei Bildung und Ausbildung

Die heute noch üblichen Gebühren für Kindergärten sind für sozial Schwache und für Migrantenfamilien häufig ein Grund, ihre Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken und so die Integration zu behindern. Auch Familien mit Durchschnittseinkommen sind finanziell überlastet. Kindergartenbeiträge sollten nach Auffassung des Deutschen Familienverbandes generell erlassen werden. Investitionen in den Kindergarten und in die Vorschule sind ebenso Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft wie die Kosten für die Regelschulen.

Der Deutsche Familienverband hält die Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg für

Baden-Württemberg (DFV) zur Landtagswahl 2006

Familien für die Zukunft

familienfeindlich und für einen Verstoß gegen die Zukunftschancen der jungen Generation.

Deutschland braucht dringend hoch qualifizierte Menschen, um global mithalten zu können. Wo sie später ein hohes Einkommen beziehen, müssen sie ihren Solidarbeitrag über höhere Steuern entrichten, nicht aber über vorweg aufzunehmende Darlehen. Die Studiengebühren sind wieder abzuschaffen.

Eine besondere Belastung sieht der DFV auch in der Begrenzung des Kindergeldes bis zum 25. Lebensjahr. Eltern müssen für die Ausbildung ihrer Kinder bis zum 27. Lebensjahr gerade stehen. Viele Studenten in Deutschland schaffen auch wegen der Studienbedingungen keinen früheren Studienabschluss.

Eltern oder ihre studierenden Kinder werden deshalb zusätzlich belastet. Die Landesregierung muss über den Bundesrat erreichen, dass das Kindergeld für Kinder in Ausbildung wieder bis zum 27. Lebensjahr gezahlt wird.

6. Für die Einführung eines Familienbeauftragter

Statt angemessener Steuerbefreiung und der notwendigen Entlastung bei den Sozialabgaben wird den Familien in Deutschland seit Jahrzehnten als „Wohltat“ nur etwas in die Tasche gesteckt, was ihnen zuvor schon aus der anderen Tasche gezogen wurde. Dieser Wirrwarr in der Familienpolitik hat dazu beigetragen, dass die Lage der Familien in Deutschland immer schlechter geworden ist. Der Deutsche Familienverband schlägt deshalb die Einführung von Familienbeauftragten auf Landesebene wie auch bei den Kommunen vor, die alle Gesetzentwürfe, Vorordnungen, Satzungen usw. auf ihre Familienverträglichkeit untersuchen sollen. Ähnlich wie Umwelt- und Gleichstellungsbeauftragte in ihren Bereichen zu einem Bewusstseinswandel beigetragen haben, muss dies auch in der Familienpolitik erreicht werden. Die Familienbeauftragten brauchen Unabhängigkeit und sollen die Öffentlichkeit regelmäßig und eigenverantwortlich informieren. Eine Ministerin als „Kinderbeauftragte“ kann diese Aufgabe nicht unabhängig erfüllen.

Zur Überprüfung einer familienfreundlichen Kommunalpolitik verfügt der Deutsche Familienverband über

eine bewährte Checkliste, die in einigen Kommunen bereits angewandt wird. Die Familienbeauftragten sollen in besonderem Maß auch die Einhaltung des Jugendschutzes und der Jugendhilfe beachten. Kosten für die Jugendhilfe sind nichts anderes als Investitionen in die Zukunft der ganzen Gesellschaft.

7. Für Alkohol- und Rauchverbot an allgemein bildenden Schulen

Der Deutsche Familienverband setzt sich dafür ein, an allen allgemein bildenden Schulen des Landes ein generelles Alkohol- und Rauchverbot einzuführen. Ausnahmen sollen die Schulen für solche Veranstaltungen zulassen können, an denen nur Erwachsene teilnehmen. Der Betrieb und die Errichtung von Zigaretten-Automaten in der Nähe von Schulen müssen so weit wie möglich untersagt werden.

8. Für ein familiengerechtes Wohnungsbauprogramm

Nach dem in Berlin beschlossenen Wegfall der Steuerfreibeträge im Wohnungsbau können Familien mit Kindern vielfach keine Wohnungen mehr kaufen. Gerade Familien mit mehreren Kindern finden auf dem Markt aber auch kaum noch große bezahlbare Mietwohnungen. Der Deutsche Familienverband fordert die Landesregierung auf, ihr Wohnungsbauprogramm für kinderreiche Familien auszubauen.

Zusammenfassung

Solange es nicht

- ◆ bessere finanzielle Rahmenbedingungen für die Familien,
- ◆ eine bessere Kinderbetreuung,
- ◆ bessere Bildungschancen vom Kindergarten, bis zu den Hochschulen,
- ◆ einen besseren Jugendschutz und
- ◆ bezahlbare Wohnungen auch für Familien mit mehreren Kindern gibt,

wird es kein „Kinderland Baden-Württemberg“ geben.

Der Deutsche Familienverband erwartet eine Politik, die nicht länger Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Nur so kann unsere Gesellschaft eine gute Zukunft haben.



Infos aus dem Bereich Rechtsprechung

Vermieterwechsel: „Kauf bricht nicht Miete“

Wird eine Mietwohnung verkauft, so ändert sich für die Mieter nichts! Der Grundsatz „Kauf bricht nicht Miete“ gilt bis heute. Im Falle eines Wohnungsverkaufes behält der Mietvertrag – egal wie alt er ist – seine Gültigkeit. Der Käufer tritt automatisch als neuer Vermieter in den bestehenden Mietvertrag ein. Der Mieter muss also keinen neuen Mietvertrag unterschreiben! Der Verkauf der Wohnung berechtigt weder zur Kündigung noch dazu, die Miete grundlos zu erhöhen. Wird die Mietwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt, so steht dem Mieter ein Vorkaufsrecht zu. Übt er dieses nicht aus, kann das Mietverhältnis von Seiten des Käufers drei Jahre lang nicht gekündigt werden. Für Wohnungen innerhalb Freiburgs gilt in diesem Fall sogar eine 10jährige Kündigungssperre.

Saniert der Käufer das Haus, z.B. um die Wohnung teurer weiter zu verkaufen, steht der Mieter auch hier nicht schutzlos da. Für die Dauer der erheblichen Beeinträchtigung durch Baulärm, Gerüst und Schmutz etc. kann er die Miete mindern. Die Höhe der Minderung hängt von der Intensität der Störung ab und muss in jedem Einzelfall individuell ermittelt werden. Will der Vermieter Modernisierungsmaßnahmen innerhalb der Wohnung des Mieters durchführen, so muss er diesem Umfang, Dauer und die evtl. zu erwartende Mieterhöhung spätestens drei Monate vor Beginn der Arbeiten schriftlich mitteilen. Hält er die Frist nicht ein, muss der Mieter keinen Handwerker in die Wohnung einlassen.

Presseinformation MIETERVEREIN REGIO FREIBURG
21. November 2005

Bahn entschädigt bei Verspätungen

Die neue Kundencharta der Deutschen Bahn gewährt Reisenden im Fernverkehr, die ihren Zielbahnhof mit mehr als 60 Minuten Verspätung erreichen, einen Anspruch auf Entschädigung in Höhe von 20 Prozent des Fahrpreises - mindestens aber fünf Euro, wenn sie Verspätungen von mehr als eine Stunde erlitten haben. Durch die neuen Fahrgastrechte erhalten Fahrgäste bei Verspätungen entweder direkt im Zug oder in den Bahnhöfen Gutscheine. Dank der jetzt in den allgemeinen Geschäftsbedingungen verankerten Kundencharta sind die Fahrgäste bei längeren Verspätungen nicht mehr auf die Kulanz der Bahn angewiesen, sondern können sich auf ihren Anspruch berufen.

Fleischskandal

Selbst der Bauernverband spricht von systematischer Kriminalität. Wer ist verantwortlich für diese Machenschaften?

Wir sehen die Verantwortung auch beim Gesetzgeber, der sich von Lobbyisten einzelner Wirtschaftsverbände bei der Fertigstellung von Gesetzestexten beraten lässt. Dabei gibt es EU-Richtlinien, wonach Unternehmen dafür sorgen müssen, dass eine lückenlose Rückverfolgbarkeit über alle Stufen der Lebensmittelproduktion gewährleistet ist. Doch in der Praxis wird das offenbar nicht so umgesetzt, dass es im Krisenfall kontrollierbar wäre. Das liegt auch daran, dass wir mit unseren Lebensmittelgesetzen keine abschreckenden Straftatbestände haben. Und die Strafen finden selten Anwendung, weil der Bürger vor Gericht beweisen muss, dass er konkret gesundheitlich geschädigt worden ist.

Sind die Kontrollen ineffizient?

Das heutige Kontrollsystem basiert auf dem Stand der 50er bis 70er Jahre. Damals hatten wir eine weitgehend regional organisierte Fleischwirtschaft. Heute haben wir global tätige Unternehmen und Warenströme, das Fleisch kommt aus der ganzen Welt auf unsere Märkte. Die Tiere, auch unsere, werden durch ganz Europa gekarrt. Das ist alles legal. Allerdings sind unsere Kontrolleure weiterhin regional oder kommunal aufgestellt. Die prüfen nur in ihrem Zuständigkeitsbereich. Wir brauchen aber eine bundesweit organisierte Lebensmittelüberwachung, die die Zusammenhänge prüfen können.

Es heißt, Markenhersteller seien nicht in den Skandal verwickelt. Was machen die denn anders?

Das muss sich erst einmal herausstellen, ob Markenhersteller tatsächlich nicht betroffen sind. Die Behörden sollten jene nennen, die in den Skandal verwickelt sind. Markenhersteller haben üblicherweise, wenn sie korrekt arbeiten, eigene Qualitätssicherungssysteme, um zu verhindern, dass Lieferungen aus zweifelhaften Quellen in die Produktion einfließen. Ob man sich darauf verlassen kann, ist zweifelhaft.

Die Masche, auf Discounter einzuschlagen, ist in Wahrheit grobe Verbrauchertäuschung. Wir müssen uns bei allen Anbietern darauf verlassen, dass das Fleisch lebensmittelrechtlichen Bedingungen entspricht. Fakt ist, wir haben in Deutschland ein Überangebot an Verkaufsfläche, und in Europa ein Überangebot an Fleisch. Damit tobt ein massiver Wettbewerb unter den Produzenten und den Lebensmittelketten.

Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Jede(r) Dritte in Deutschland bleibt kinderlos

Deutschland hat nach dem Familienreport der Konrad-Adenauer-Stiftung im europäischen Vergleich den höchsten Anteil Alleinlebender und den geringsten Anteil an Haushalten mit Kindern. Ein Drittel der Frauen und Männer eines Jahrgangs bleibt demnach kinderlos. Ein-Personen-Haushalte stellen die größte Haushaltsgruppe in Deutschland, Familien bilden die kleinste Gruppe. Es gebe in Deutschland mehr Ehepaare ohne Kinder als Ehepaare mit Kindern, die in einem Haushalt zusammenleben. Der Anteil der Alleinerziehenden stieg auf 20 Prozent der Eltern-Kind-Gemeinschaften, die Zahl der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften hat zugenommen. Jede zehnte Familie mit Kindern ist eine ausländische Familie.

Zudem hat Deutschland im europäischen Vergleich einen deutlichen Rückstand bei der Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt. Zwei Drittel aller Frauen geben mit der Familiengründung vorübergehend den Beruf auf und kehren zu 75 Prozent erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder ins Berufsleben zurück. Nur fünf Prozent der Mütter waren vor der Geburt nicht erwerbstätig.

Nur Kassenleistung ist Kieferorthopäden zu wenig. Eltern werden um Zuzahlung angegangen

Medizinisch notwendige kieferorthopädische Leistungen für gesetzlich versicherte Kinder gehen immer öfter mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Eltern einher. Bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg nehmen die Beschwerden von Eltern zu, die keinen Behandlungstermin für kieferorthopädische Maßnahmen bei ihren Kindern bekommen, wenn sie sich nicht bereit erklären, zusätzliche private Zahlungen für die Behandlung zu erbringen. „Solange sie eine Kassenzulassung haben, sind Kieferorthopäden verpflichtet, Kassenleistungen an Kindern zu erbringen, ohne zusätzliche Zahlungen zu verlangen“, stellt Julia Nill, Gesundheitsdienstleistungsexpertin bei der Verbraucherzentrale, klar. Eltern sollten sich also nicht beirren lassen, wenn der Arzt sie von vornherein zur Kasse bittet, sondern auf zuzahlungsfreier Erbringung von Kassenleistungen bestehen. Die Krankenkassen sind verpflichtet, Ärzte zu benennen, die zuzahlungsfrei arbeiten.

Betroffene Patienten sollten sich bei ihrer Krankenkasse beschweren und die Situation der Patientenberatung der Verbraucherzentrale melden. Das Patiententelefon berät Mo. bis Do. zwischen 10 – 13 Uhr unter der 09001 77 44 47 (1,75 Euro aus dem

deutschen Festnetz bei sekundengenaue Abrechnung). Unter info@vz-bw.de sammelt die Verbraucherzentrale Beschwerden betroffener Eltern, allerdings erfolgt hier keine Beratung!

Für weitere Informationen:

Dr. Julia Nill, Expertin Gesundheitsdienstleistungen
E-Mail: nill@vz-bw.de und Evelyn Keßler, Pressestelle
E-Mail: presse@vz-bw.de
www.verbraucherzentrale-bw.de

Kinderwunsch und Familienplanung bei Akademikern

Im Herbst 2004 führte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) eine Studie zum Thema Kinderwunsch und Familiengründung bei AkademikerInnen durch. Dabei wurde ein repräsentativer Querschnitt von 500 Frauen zwischen 35 und 44 Jahren und von 500 Männern zwischen 40 bis 49 Jahren befragt.

Die Grundhaltung der Akademikerinnen und Akademiker gegenüber Kindern ist ausgesprochen positiv. Rund 90 Prozent stimmen der Aussage zu, dass „Kinder zum Leben dazugehören und das Leben erfüllter machen“. Tatsächlich haben in dieser aktuellen Befragung 79 Prozent der Akademikerinnen und 70 Prozent der Akademiker eigene Kinder.

Die befragten ostdeutschen Frauen zwischen 35 und 44 Jahren betonen, dass es für sie nichts Ungewöhnliches gewesen sei, Studium und Elternschaft zu verbinden. 42 Prozent der Frauen und 37 Prozent der Männer in Ostdeutschland waren in dieser Situation, aber nur 16 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer im Westen. Ostdeutsche Frauen beurteilen die Kombination von Kind und Studium häufiger als „gut vereinbar“.

Mit der Zahl der Kinder sinkt bundesweit die Zustimmung, dass sich Beruf und Familie miteinander vereinbaren lassen. Bei einem Kind beträgt die Zustimmung noch 40 Prozent und sinkt mit jedem weiteren Kind um jeweils 10 Prozent. Keine Chance der Vereinbarkeit sehen die kinderlosen Frauen und Männer. Die externe Kinderbetreuung ist im Übrigen ein ganz entscheidender Faktor, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Sie steht deutlich vor arbeitsbezogenen Gründen. Die externe Betreuungssituation als Haupthinderungsgrund für Kinder ist ein nahezu rein westdeutsches Argument.

Weitere Informationen im Internet unter www.sexualaufklaerung.de.





Nachrichten der Ortsverbände

Kreisverband Breisgau

Altkleidercontainer des Kreisverbandes Breisgau

Seit kurzem stehen im Stadtgebiet von Freiburg einige Altkleidercontainer des Kreisverbandes. Die Container stehen Ihnen für Kleidung zur Verfügung, die Sie nicht mehr benötigen. Die politische Arbeit in den Städten und Gemeinden für die Familien bedarf zunehmend professionelleren Strukturen, was sich nicht zuletzt im Budget niederschlägt.

Wir arbeiten weiterhin alle ehrenamtlich in unserem Kreisverband. Dennoch ist für die Arbeit weitere Unterstützung notwendig.

Unterstützen Sie mit dem Einwurf Ihrer Altkleider die Arbeit des Deutschen Familienverbandes!

Unsere Altkleidercontainer stehen an sieben Orten in Haslach, St. Georgen, Rieselfeld und Zähringen.

Wenn Sie auf einem Privatgrundstück (Firmengelände oder eigenes Grundstück) Platz zum Aufstellen eines Altkleidercontainers haben, erhalten Sie eine Prämie von einmalig 100 Euro.

Bitte melden Sie sich bei der Kreisverbands-Geschäftsstelle (Anschrift s. hinten).

Eichin

Ortsverband Konstanz

Weihnachtsbastelei für die ganze Familie

Als fleißige Hände noch Tische rückten und Bastelmaterialien bereit stellten, warteten bereits die ersten Kinder vor der Tür des Kinder- und Kulturzentrums der Stadt Konstanz auf dem Raiteberg ungeduldig auf den Beginn des Bastel- und Spieletages, den der Deutsche Familienverband bereits seit vielen Jahren in der Vorweihnachtszeit gemeinsam mit dem KiKuZ veranstaltet. Und kaum waren die Türen geöffnet, verwandelte sich die Räume in eine große Bastelwerkstatt. Da wurde gesägt, mit Farbe Taschen verziert, Glas geritzt und Perlen gefädelt. Viele von den Kleinen kamen bereits mit festen Vorstellungen: Eine Laubsägelaterne für die Mama, eine mit Schneeflocken und Sternen winterlich verzierte Kerze für die Oma und für den kleinen Bruder diesmal ein Krokodil als Schlüsselanhänger. Wer von der vielen Bastelarbeit müde war, konnte sich vom Team des Konstanzer Fachgeschäftes Seetroll die neuesten Spiele zeigen lassen und diese

auch gleich ausprobieren oder sich mit einer der vielen leckeren Waffeln und Würstchen stärken. Und spätestens am Abend war klar: Auch im nächsten Jahr werden wieder kleine selbstgemachte Geschenke vom Raiteberg unter dem Weihnachtsbaum liegen.

Sabine Geistler

Ortsverband Freiamt

Da wir auch Elternbildung auf unsere Fahnen geschrieben haben, boten wir im Herbst unseres Jubiläumsjahres 2005 zwei Vorträge an.

1. Wer erzieht hier eigentlich wen?
Umgang mit Kindern in der Pubertät, ein immer wieder aktuelles Thema, das sehr eindrücklich von den Referenten Marina Gress und Michael Becker beleuchtet wurde.

2. Mit „die 5 Säulen der Partnerschaft“ oder „Wie Beziehung gelingt“ konnten wir leider nicht viele Besucher „hinter dem Ofen hervorlocken“. Aber alle mutigen, die sich darüber Gedanken machen, wurden beim Vortrag von Marina und Harald Gress mit vielen praktischen Tipps und hilfreichen Denkanstößen belohnt.

Kindertheaterspiel wird bei uns groß geschrieben, vor allem zur Weihnachtszeit. Schon die Kleinsten (4-6 jährige) als Wichtel verkleidet, trauten sich ein Verslein aufzusagen. Betreut wurden sie von Sonja und Maria Giesin. Mit 7-9-Jährigen hatte Heike Groß „Das Licht von Bethlehem“ einstudiert. Unter der professionellen Regie von Erna Ziebold und Uta Zimmermann (letztere auch als Lehrerin aktiv auf der Bühne) begeisterten 8-12 Jährige mit „Ein missglücktes Weihnachtsspiel“. Mit Gitarrenbegleitung von Nicole Königer wurden Weihnachtslieder gesungen und die „Weihnachtsbäckerei“ toll in Szene gesetzt.

Da so langsam die Lagerkapazität an Utensilien (Bastelmaterial, Spielgeräte) für den Familienverband bei einzelnen Vorstandsmitgliedern an Grenzen stößt, musste eine Lösung gefunden werden. Dankenswerterweise stellt uns die Gemeinde Freiamt einen Raum im OG vom „Freihof“ zur Verfügung.

Peter Köstel



Veranstaltungen und Termine im DFV Ba-Wü

KV BREISGAU

Regelmäßige Termine:

Kindersachenflohmarkt

Am 12. März, 10 - 16 Uhr, Stadtteiltreff "Glashaus",
Maria-von-Rudloff-Platz 2, Freiburg

Aktion zum 1. Deutschen Familientag

Montag, 15. Mai, Rathausfoyer Freiburg. Mit Infos
zum Bündnis für Familien

Familienwanderung

Sonntag, 21. Mai, Gemeinsam mit dem
Schwarzwaldverein Freiburg. Nähere Infos bei
B. Stickel, Tel. 0761 - 49 98 35

Haslacher Familientreff

Jeden 1. und 3. Montag im Monat, 15 - 17 Uhr
79115 Freiburg, Alte Schule, Markgrafenstr. 8

Familientreff Rieselfeld

Jeden 1. Dienstag im Monat, 15.30 - 18 Uhr,
Stadtteiltreff "Glashaus", Maria-von-Rudloff-Platz 2,
Freiburg

GEMINI-Treffen von Mehrlingseltern

Jeden 1. Donnerstag im Monat, 20 - 22 Uhr
79098 Freiburg, Geschäftsstelle der AGF/DFV
Rempartstr. 4

Familientreff "Leben mit Kindern"

Jeden 3. Donnerstag im Monat, 16 - 17.30 Uhr
79206 Breisach-Hochstetten, Verenenkapelle

OV FREIAMT

Kindersachenflohmarkt in der SVO- Halle

Am 12. März 2006, ab 14.00 Uhr

Landesverbandstag in Stuttgart

(es sollten möglichst viele Familien mitfahren)
18. März 2006

Wanderausstellung im Kurhaus

„Kinder tun gut, nur Mut“
29. März - 24. April 2006

Vortragsabend (Thema noch offen)

17. KW

Familienhüttenwochenende

30. Juni - 02. Juli 2006. Anmeldung bitte bis
30.05.2006 unter Telefon 07645/1444

KV BÖBLINGEN

Gerechtigkeit für Familien

An diesem Abend wollen wir mit einem Vertreter des DFV die Möglichkeiten vorstellen und diskutieren, wie Familien z.B. durch ein verändertes Steuerrecht in die Lage versetzt werden können, ihre Aufgaben besser zu erfüllen. Ermöglichen die im Raum stehenden Vorschläge, wie Familienlastenausgleich, Elterngeld und Elternzeit die Vereinbarkeit von Familienleben und Erwerbsarbeit? Es sollte auch Fragen nach einem familiengerechten Wohnen in der Gegenwart und Zukunft nachgegangen werden. Nicht zuletzt könnte die politische Forderung nach einem Familienwahlrecht diskutiert werden.

Referent: Gunter Reimann, KV-Vorsitzender des DFV

Wo: Gemeindehaus Höfingen, Ulmenstr. 6

Wann: 23. März 2006, 19.30 Uhr

LANDESVORSTAND

Landesverbandstag in Stuttgart

Samstag, 18. März 2006, eine Woche vor den
Landtagswahlen

Ab 10.00 Uhr: (Eintreffen der Delegierten + Eintrag
in Tagungsliste)

Ab 11.00 Uhr: Podiumsdiskussion

Ab 13.45 Uhr: Delegiertenversammlung

Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im
Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber: Deutscher Familienverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.,
St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg,
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30,
familienverband@dfv-baden-wuerttemberg.de

Redaktion: Uto R. Bonde

Bankverbindung: Volksbank Freiburg, BLZ 680
900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemein-
nützig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge
sind steuerlich absetzbar.

Produktion: Die MarketingMacher, Freiburg (Satz
& Layout), Wuhrmann-Druck GmbH, Freiburg
(Druck).

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am
22. Mai 2006.

Der Redaktionsschluss ist am 02. Mai 2006.

Kreis und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg

KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22
Tel. 07152 - 5 37 39, Fax 07152 - 5 37 39
Gunter.Reimann@t-online.de

KV Breisgau e.V.

Vorsitzender Martin Sarcoli
79111 Freiburg, Heckerstr. 29
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)
info@dfv-breisgau.de

KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1
Tel. 07645 - 18 18, Fax 07645 - 91 63 54
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Esslingen e.V.

Vorsitzender: Vera Morlok-Gommel
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14
Tel. 07021 - 4 75 25
vera.morlok-gommel@gemeinde-
aichwald.de

OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 45
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzender: Franz Keppner
79336 Herbolzheim, Duttensteinstr. 19
Tel. 07643 - 64 70, Fax 07643 - 48 32
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler
78462 Konstanz, Inselgasse 9
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 18 94 76
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

OV Radolfzell e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6
Tel. 06226 - 99 17 26
Mue_ke@t-online.de

Friedrichshafen

Kontaktadresse: Regina Berner-Kerst
88677 Markdorf, Bergheimerstr. 28
Tel. 07544 - 74 34 30, Fax 07544 - 74 34 80

Raum Stuttgart - Neckar

Kontaktperson: Martha Kaiser
73235 Weilheim a.d. Teck,
Karl-Scheufelen-Str. 19
Tel. 07023 - 7 12 20
gkaiser@ngi.de

DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
familienverband@dfv-baden-wuerttem-
berg.de

DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48
Tel. 030/30 88 29 60, Fax 030/30 88 29 61
zentrale@deutscher-familienverband.de

Gemeinsam mehr erreichen ... Werden Sie Mitglied im Deutschen Familienverband

- ◆ Der Anwalt von Familien in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
- ◆ Der mitgliederstärkste Familienverband in Deutschland
- ◆ Der Ansprechpartner und Dienstleister für Familien

Per Post oder Fax an die DFV-Landesgeschäftsstelle in Freiburg

Aufnahmeantrag			
<input checked="" type="checkbox"/> Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)			
			
Vorname	Name	Geb.-Datum	Beruf
Vorname Partner/in	Name	Geb.-Datum	Beruf
Kinder (Geburtsjahr)			
Straße	Plz	Ort	
Telefon	Fax	Email	
Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von _____ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:			
Kontoinhaber	Kontonummer	Geldinstitut	BLZ
Datum	Unterschrift		